

WAHLPRÜFSTEINE – ZUR LANDTAGSWAHL 2022

UNSERE ANTWORTEN AN DIE STEUER-BASIS- GEWERKSCHAFT NIEDERSACHSEN e.V.

- 1. Der Tarifabschluss beträgt 3,2 Prozent, die Inflation bereits rund 8 Prozent. Wie möchte Ihre Fraktion diese Diskrepanz abstellen? Wie stellen Sie sich die künftige Gehaltsentwicklung vor?**

Unsere Antwort:

Die gestiegenen Preise für Strom und Heizen und die hohe Inflation belasten bereits heute eine Vielzahl von Menschen in unserem Land. Unser Anspruch ist es gerade in diesen schwierigen Zeiten Niedersachsen sozial, gesellschaftlich und wirtschaftlich zusammenhalten. Wir werden alles dafür tun, dass aus der Energiekrise keine soziale Krise wird. Die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Entlastungspakete in Höhe von 30 Milliarden Euro zeigen in die richtige Richtung. Die Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro werden viele Menschen spürbar entlasten. Neben der Tarifanpassung werden wir ab Dezember 2022 die Sonderzahlung für die Besoldungsgruppen bis A 8 auf 1.200 Euro und für die übrigen Besoldungsgruppen auf 500 Euro anheben. Anwärter sollen 250 Euro und das erste und zweite Kind künftig 250 Euro je Kind erhalten. Zudem hat Bundeskanzler Olaf Scholz bereits Anfang Juli die Konzertierte Aktion gestartet. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgebern sollen Lösungen für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger von den derzeit hohen Preisen diskutiert und erarbeitet werden. Natürlich helfen auch Lohnerhöhungen im Kampf gegen steigende Verbraucherpreise. Diese sollen jedoch auf bewährte Art und Weise im Rahmen der Tarifautonomie zwischen den Sozialpartnern verhandelt werden.

- 2. Das Personaldefizit steigt von Jahr zu Jahr. 2019 fehlten bereits ca. 1.300 Vollzeitstellen (VZE) und wir befürchten, dass das Personaldefizit bis 2025 auf 2.000 VZE steigen könnte (d.h. ca. 20 Prozent des Personalbestandes). Was planen Sie, um dieses Personaldefizit auszugleichen?**

Unsere Antwort:

Die Steuerverwaltung ist als Einnahmeverwaltung für das Land Niedersachsen für uns von größter Bedeutung. Ohne Steuereinnahmen kann der Staat seinen wichtigen öffentlichen Aufgaben, zum Beispiel in den Bereichen Bildung, innere Sicherheit, Infrastruktur und Klimaschutz nicht nachkommen.

Dabei ist es unerlässlich für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, dass die Steuern gleichmäßig und gerecht erhoben werden. Als Hüterin der Steuergerechtigkeit möchten wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Steuerverwaltung in besonderem Maße bedanken.

Die Steuerverwaltung bietet bereits gute und attraktive Arbeitsbedingungen. Da sich der Bedarf an Nachwuchskräften durch altersbedingte Abgänge weiterhin spürbar erhöhen wird, braucht es in den nächsten Jahren eine effektive Personal- und Nachwuchsgewinnung (bis 2030 werden rund 31%, bzw. rund 3.500 Mitarbeitende in den Ruhestand eintreten). Hierzu wurde erst im letzten Jahr zur stärkeren Sichtbarkeit gegenüber anderen Arbeitsgeberinnen und Arbeitsgebern sowie mit dem Ziel eines einheitlichen Auftretens die neue Dachmarke „ARBEITGEBER NIEDERSACHSEN – SICHER!“ entwickelt.

Wir werden weiterhin über eine gute Ausstattung der Finanzverwaltung für einen gerechten Steuervollzug sorgen. Die Außendienste der niedersächsischen Finanzverwaltung leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Zu einer gut funktionierenden Steuerverwaltung gehört eine hochleistungsfähige und moderne IT-Ausstattung. Hier werden wir mit zusätzlichen Fortbildungsmöglichkeiten zum einen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen und zum anderen mit einer guten IT-Ausstattung auch die Finanzverwaltung auf den aktuellen Stand der Technik bringen. Das es uns Ernst bei dem Thema ist, zeigen u.a. unsere haushaltspolitischen Beschlüsse im letzten Jahr. Hier haben wir im Rahmen „unserer“ politischen Liste zwei Millionen für die Verbesserung der IT-Ausstattung der Steuerverwaltung sowie 500.000 Euro für ein Pilotprojekt zur IT-Forensik und Steuerfahndung mittels Künstlicher Intelligenz bereitgestellt.

Für die kommenden Jahre ist eine weitere Mammutaufgabe die Umsetzung der Grundsteuerreform. Hier gilt es, die Steuerpflichtigen zum einen frühzeitig über ihre zukünftigen Belastungen in Hinblick auf die Grundsteuer zu informieren und zum anderen die Kommunen in die Lage zu versetzen, ihre Hebesatzregelungen anzupassen, damit die beabsichtigte Aufkommensneutralität für die Kommunen auch tatsächlich umgesetzt werden kann. Die Finanzverwaltung ist dazu in die Lage zu versetzen, mit der notwendigen Personal- und IT-Ausstattung die Bedürfnisse der Steuerpflichtigen angemessen zu beantworten. Aus diesem Grund sind die Bemühungen in der Ausbildung unserer Finanzbeamtinnen und -beamten zu intensivieren und die Ausbildungszahlen zu erhöhen. Ebenfalls sind zusätzliche Stellen in der Steuerverwaltung zu schaffen.

3. Wie wollen Sie die Attraktivität der Finanzverwaltung steigern und so Personal dauerhaft an die Finanzverwaltung binden? Mit Homeoffice und flexiblen Arbeitszeiten kann man heute nicht mehr außergewöhnlich punkten.

Unsere Antwort:

Wir stehen auch in der nächsten Legislaturperiode für eine gute Bezahlung im öffentlichen Dienst und werden dessen Attraktivität weiter hervorheben und steigern. Dabei ist uns eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen des Landes und den Gewerkschaften sehr wichtig.

Durch eine Investitionsoffensive werden wir zukunftsfähige Arbeitsplätze und ein modernes Arbeitsumfeld schaffen. Hierzu sind erhebliche Investitionen in die landeseigenen Gebäude erforderlich. Um dies zu realisieren, benötigen wir eine moderne Liegenschaftsverwaltung, damit die erforderlichen Investitionen zügig realisiert werden können.

Neben verbesserten finanziellen Anreizen, sind für uns eine gute Ausbildung, kontinuierliche Weiterbildungsangebote, attraktive und flexible Arbeitsplätze sowie betrieblicher Gesundheitsschutz und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtige Faktoren für eine attraktive Tätigkeit innerhalb der Landesverwaltung. Zudem wollen wir den Dienstunfallschutz weiterentwickeln und die gesetzliche Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte in den nächsten Jahren auch öffnen.

Eine zukunftsweisende und attraktive Verwaltung zeichnet sich auch durch gute Weiterbildungsangebote aus. Wir werden uns daher für einen Rechtsanspruch auf Bildungszeit von jährlich bis zu fünf Tagen für Beamte, analog ihren Kollegen im Tarifbereich, einsetzen. Zudem werden wir Fahrradleasing und Jobtickets für unsere Beschäftigten im öffentlichen Dienst ermöglichen. Damit soll der Umstieg vom Pkw auf das Fahrrad oder die öffentlichen Verkehrsmittel für den Weg zur Arbeit noch attraktiver gemacht werden.

Das Personalvertretungsrecht wollen wir ebenfalls modernisieren und sinnvolle, im Rahmen der Pandemie-Lage eingeführte, Vereinfachungen beibehalten und ausbauen.